

FINANZIELLE



VOLLZEITPFLEGE

im Landkreis
Dillingen a.d. Donau

Ausführungsleitlinien des Landkreises Dillingen a.d.Donau

zu den Empfehlungen
des Bayerischen Landkreises und des Bayerischen
Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII in der
jeweils gültigen Fassung

Wirtschaftlicher Bereich
Laufende und einmalige Geldleistungen

Gliederung

1. Einleitung.....	4
2. Ausführungsleitlinien zu den Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII	5 - 6
3. Monatliches Pflegegeld/Tabellen ab 01.01.2024	7
4. Einmalhilfen	8
5. Empfehlungen des Bayerischen Landkreises und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege	10

1. Einleitung:

Mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 17.07.2021 wurde die Richtlinie für die Vollzeitpflege vom 18.11.2013 aufgehoben und die Anwendung der Empfehlungen des Bayerischen Landkreistages und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII, den Anhang der Richtlinien des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII und somit insbesondere die Festlegung zur Finanzierung in der jeweils gültigen Fassung beschlossen.

Die ergänzende Ausführungsleitlinie konkretisiert die Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII und soll den Leistungsumfang transparenter darstellen.

Mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 18.12.2023 wurde in der Ausführungsleitlinie unter Nr. 2 der Buchstabe f) und g) ergänzt.

Mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.07.2024 wurde in der Ausführungsleitlinie ab 01.09.2024 unter Nr. 2 der Buchstabe b) die monatliche Pauschale auf 40,00 € erhöht sowie unter 4. Einmalhilfen die Nachweispflicht für die Erstausrüstung für Kleidung und Möbel angepasst.

2. Ausführungsleitlinien zu den Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII:

1. Zuständigkeit

Wohnen die Pflegeeltern außerhalb des Landkreises Dillingen a.d.Donau, so werden die dort geltenden Richtlinien für die Vollzeitpflege angewandt.

2. Beginn des Pflegeverhältnisses

Beginnt das Pflegeverhältnis vor dem 15. eines Monats, erhält die Pflegefamilie den vollen Monatsbetrag, ab dem 15. eines Monats den halben Monatsbetrag.

- a) Der monatliche Auszahlungsbetrag für die Pflegepauschale (vgl. Nr. 2.3 Richtlinie) abzgl. anteiliges Kindergeld nach § 39 Abs. 6 SGB VIII an die Pflegeeltern wird stets auf den vollen Euro nach oben gerundet.
- b) Für Individualleistungen wird monatlich eine Pauschale in Höhe von 40,00 € zum monatlichen Pflegegeld ausbezahlt. (vgl. Nrn. 2.7.1 und 2.7.3 der Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags)
- c) Weitere Individualleistungen sind aus Seite 8 und 9 ersichtlich, sowie aus Nr. 2.7.2 der Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags. Diese können seitens der Pflegeeltern bei der Wirtschaftlichen Hilfe beantragt werden.
- d) Die genannten Ausführungsleitlinien werden zu Beginn eines Pflegeverhältnisses den Pflegeeltern ausgehändigt.
- e) Der Landkreis Dillingen a.d.Donau hat für die Pflegekinder eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen.

- f) Bei Wegfall der Sonderpflege nach mindestens 2 Jahren Bezug erhält die Pflegefamilie den monatlichen Betrag der Sonderpflege als besondere Anerkennung einmalig ausbezahlt.

- g) Wird ein Kind im Rahmen der Inobhutnahme in einer Bereitschaftspflege aufgenommen, so kann nach Ermessen des Sozialen Dienstes eine Einmalhilfe für Kleidung u.ä. in Höhe von bis zu 250,00 € von diesem bewilligt werden.

3. Mitteilungspflicht an das Finanzamt

Die Beachtung der steuerlichen Bestimmungen obliegt den Pflegeeltern.

Auf die steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten werden die Pflegeeltern hingewiesen.

Auf Grundlage der steuerlichen Bestimmungen ist das Amt für Kinder, Jugend und Familie Dillingen a.d.Donau verpflichtet, die jährliche Höhe des Pflegegeldes an das entsprechende Finanzamt zu melden.

3. Monatliches Pflegegeld/Tabellen ab 01.01.2024

Monatliches Pflegegeld:

Altersstufe	Unterhaltsbedarf ²	Erziehungsbeitrag	Pflegepauschale (PP)
1.	710,00 €	350,00 €	1.060,00 €
2.	852,00 €	350,00 €	1.202,00 €
3.	1.040,00 €	350,00 €	1.390,00 €

Mtl. Auszahlungsbeträge
abzgl. anteiliges Kindergeld

	Alter 0 bis zum vollendeten 6. LJ	Alter 7- bis zum vollendeten 12. LJ	Ab 13. LJ
Pflegegeld (brutto)	1.060 €	1.202 €	1.390 €
Pflegegeld, netto (brutto-125,00 €) ³	935 €	1.077 €	1.265 €
Pflegegeld, netto (brutto-62,50 €)	998 €	1.140 €	1.328 €

4. Einmalhilfen:		Anmerkung:
Erstausstattung Bekleidung (informativ)	ohne Antrag nach Prüfung der Fachstelle	Es wird pauschal der in den Empfehlungen in der jeweils gültigen Fassung festgelegte Betrag ohne Vorlage von Verwendungsnachweisen erstattet. Es bleibt dem Amt für Kinder, Jugend und Familie Dillingen a.d.Donau jedoch vorbehalten, die Verwendung auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen.
Erstausstattung Möbel und Bettzeug (informativ)	ohne Antrag nach Prüfung der Fachstelle	Es wird pauschal der in den Empfehlungen in der jeweils gültigen Fassung festgelegte Betrag ohne Vorlage von Verwendungsnachweisen erstattet. Es bleibt dem Amt für Kinder, Jugend und Familie Dillingen a.d.Donau jedoch vorbehalten, die Verwendung auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen.
Weihnachtsbeihilfe (informativ)	ohne Antrag nach Prüfung der Fachstelle	Die Auszahlung erfolgt jedes Jahr mit der Dezemberpflegegeldauszahlung in Höhe von 7 % der Pflegepauschale, vgl. Nr. 2.7.2 der Richtlinie.
Fahrtkosten für Heimfahrten	auf Antrag	Heimfahrten müssen im Hilfeplan festgelegt werden. Es werden die Kosten für das günstigste Verkehrsmittel übernommen.
Fahrtkosten im Rahmen des Hilfeplangesprächs	auf Antrag	Es werden die Kosten für das günstigste Verkehrsmittel übernommen.
Fahrtkosten zur Begutachtung	auf Antrag	Gutachten müssen seitens des Jugendamtes notwendig oder für die Hilfe erforderlich sein. Die Übernahme erfolgt gem. § 65 a SGB I und gemäß des bay. Reisekostengesetz. Unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsprinzip sind Ärzte im näheren Umkreis aufzusuchen.

Einmalhilfe:		Anmerkung:
Kinderkrippe	Auf Antrag	Die Übernahme erfolgt als Annexleistung für eine Mindestbuchungszeit von 4-5 Stunden (vgl. Beschluss Jugendhilfeausschuss, höhere Buchungszeiten nach pädagogischer Überprüfung). Es erfolgt keine Kostenübernahme für Essen.
Kindergartengebühren	Auf Antrag	Die Übernahme erfolgt als Annexleistung für eine Mindestbuchungszeit von 4-5 Stunden (vgl. Beschluss Jugendhilfeausschuss, höhere Buchungszeiten nach pädagogischer Überprüfung). Es erfolgt keine Kostenübernahme für Essen.
Hortgebühren/Mittagsbetreuung	Auf Antrag	Die Übernahme erfolgt nur, wenn sozialpädagogische Gründe vorliegen. Bei Übernahme: keine Kostenübernahme des Mittagessen.
Kieferorthopädische Behandlung/Eigenanteil	Auf Antrag	Leistungen der Krankenkasse sind in Anspruch zu nehmen, es werden ausschließlich die Kosten der Eigenanteilszahlung übernommen.
Mehrtägiger Schulausflug	Auf Antrag	Es muss mindestens eine Übernachtung dabei sein, 50 % der Kosten werden übernommen. Vorab ist zu prüfen, ob nicht Spenden (z.B. Elternbeirat) möglich sind, evtl. Ermäßigungen über Schule.
Autoführerschein	Auf Antrag	Führerschein soll berufs- oder ausbildungsbedingt notwendig sein. Die Höhe der Übernahme liegt im Ermessen.
Kosten für die Berufsausbildung jeglicher Art	Auf Antrag	Ausgaben im Zusammenhang mit Berufs-/Ausbildungsbeginn werden vorrangig bei der Kostenheranziehung berücksichtigt.
Sonstiges	Auf Antrag	Prüfung Jugendamt - Ermessensentscheidung

5. Empfehlungen des Bayerischen Landkreises und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege

Bayerischer Landkreistag

Bayerischer Städtetag

Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags für die Vollzeitpflege nach dem SGB VIII

Die Empfehlungen des Bayerischen Landkreistags und des Bayerischen Städtetags stützen sich auf den Mindestunterhalt nach § 1612 a BGB. Pflegeeltern werden damit fiktiv den Unterhalt beziehenden Eltern gleichgestellt.¹

1. Geltungsbereich

Die Empfehlungen gelten für junge Menschen, für die Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27, 33 SGB VIII gewährt wird. Sie regeln den Unterhalt des jungen Menschen in

- Vollzeitpflege (vgl. Ziffer 2),
- Vollzeitpflege in Form von Wochenpflege (vgl. Ziffer 3),
- Sonderpflege (vgl. Ziffer 4),
- Bereitschaftspflege (vgl. Ziffer 5).

Bei der Fallgestaltung nach §§ 35a, 41, 42 SGB VIII werden entsprechende Leistungen gewährt.

Im Hinblick auf einen möglichen Zuständigkeitswechsel (z.B. Umzug oder § 86 Abs. 6 SGB VIII) nimmt ein Jugendamt vor Belegung einer Pflegestelle im Gebiet einer anderen Gebietskörperschaft Kontakt mit dem örtlich zuständigen Jugendhilfeträger auf. Die dort geltenden Pflegepauschalen und sonstigen Leistungen sind anzuerkennen (§ 39 Abs. 4 S. 5 SGB VIII).

2. Vollzeitpflege

2.1 Beurteilung im Rahmen des Hilfeplans

Vor Beginn einer Vollzeitpflege erfolgt im Rahmen einer sozialpädagogischen Diagnose eine Beurteilung des erzieherischen Bedarfs nach der individuellen Situation des jungen Menschen. Die Beurteilung ist Bestandteil des Hilfeplans².

¹ Seit 01.01.2016 wird der konkrete Betrag durch die Mindestunterhaltsverordnung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) bestimmt.

² Gemäß § 37c SGB VIII bedarf es darüber hinaus einer vorläufigen Perspektivklärung, die im Hilfeplan zu dokumentieren ist.

2.2 Leistungen zum Unterhalt

§ 39 SGB VIII verpflichtet dazu, bei Vollzeitpflege nach § 33 den notwendigen Unterhalt des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Der Unterhalt umfasst den gesamten Lebensbedarf einschließlich der Kosten der Erziehung. Die laufenden Leistungen sind auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten in angemessenem Umfang zu gewähren. Dem altersbedingten unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von jungen Menschen wird durch die Staffelung der Beträge nach Altersgruppen unter analoger Anwendung des § 1612 a Abs. 1 BGB

(bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres – vom 7. bis zum vollendeten 12. Lebensjahr – ab dem 13. Lebensjahr) mit der monatlichen Pflegepauschale Rechnung getragen.

Gemäß § 39 Abs. 4 SGB VIII umfassen die laufenden Leistungen zur Vollzeitpflege auch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Pflegeperson³.

2.2.1 Unterhaltsbedarf

Der Unterhaltsbedarf deckt den gesamten regelmäßig wiederkehrenden Lebensbedarf des jungen Menschen unter Berücksichtigung eines durchschnittlichen Anteils am Lebensstandard der Pflegefamilie. Darin sind insbesondere der Aufwand für Unterkunft, Verpflegung, Ergänzung der Bekleidung und der Aufwand für sonstige Bedürfnisse des jungen Menschen (z.B. Verzehr außer Haus, Taschengeld, Friseur, Pflegemittel, Telefon, kleinere Reisen, Reparaturen, Vereinsbeiträge, Versicherungsbeiträge⁴, Kraftfahrzeugmitbenutzung) enthalten. Dem altersbedingten unterschiedlichen Unterhaltsbedarf von jungen Menschen wird durch die Staffelung der Beträge nach Altersgruppen unter analoger Anwendung des § 1612a Abs. 1 BGB Rechnung getragen. Die zweite Altersstufe entspricht 100 % des Mindestunterhalts. Dieser beläuft sich für 2024 auf 551 €. ⁵

Für die Kindergeldanrechnung gilt § 1612b Abs. 1 BGB, wobei das Kindergeld in Höhe von 250 € für das erste Kind berücksichtigt wird⁶:

1. Altersstufe: 87 % von 551 € = 480⁷ € abzgl. 125 € Kindergeldanteil = 355 €
2. Altersstufe: 100 % von 551 € = 551 € abzgl. 125 € Kindergeldanteil = 426 €
3. Altersstufe: 117 % von 551 € = 645 € abzgl. 125 € Kindergeldanteil = 520 €

2.2.2 Kosten der Erziehung

Der Erziehungsbeitrag soll den Pflegeeltern die geleistete Erziehung entgelten. Er ist kein Lohn im üblichen Sinne. Die Pflegeeltern können darüber frei verfügen.

Der Erziehungsbeitrag wird auf 350 € pro Monat festgesetzt⁸.

³ Bei der Unfallversicherung werden die tatsächlichen Kosten, soweit sie angemessen sind, in voller Höhe erstattet. Als Orientierungsrahmen gelten die Beträge der gesetzlichen Unfallversicherung.

⁴ Kosten einer Haftpflichtversicherung für die Pflegekinder sind vom Unterhaltsbedarf grds. abgedeckt. Das Jugendamt kann die Risiken einer Haftung durch Abschluss einer Sammelhaftpflichtversicherung für Pflegekinder absichern.

⁵ Seit dem 1.1.2016 richtet sich der Mindestunterhalt gemäß § 1612a Abs. 1 Satz 2 BGB unmittelbar nach dem steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimum des minderjährigen Kindes. Über die Höhe legt die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht vor. Der konkrete Betrag wird durch Rechtsverordnung des BMJV festgelegt. Zum 01.01.2024 wird die Mindestunterhaltsverordnung zum sechsten Mal angepasst (vom 29.11.2023, BGBl. 2023, I-330).

⁶ Das Kindergeld wird lediglich fiktiv für die Berechnung des sog. Barunterhalts hälftig berücksichtigt. Eine tatsächliche Anrechnung des Kindergeldes auf die Pflegepauschale findet nur im Rahmen von § 39 Abs. 6 SGB VIII statt.

⁷ Wg. § 1612a Abs. 2 BGB ist stets aufzurunden.

⁸ Bei der Höhe des Erziehungsbeitrags wurden bisher die Kosten der Erziehung aus den Empfehlungen des Deutschen Vereins mit berücksichtigt. Deren deutliche Anhebung von 275 Euro auf 420 Euro in der neuen

2.3 Höhe der Pflegepauschale⁹

Die monatliche Pflegepauschale beträgt:

Altersstufe	Unterhaltsbedarf	Erziehungsb beitrag	Pflegepauschale
0 – vollendetes 6. Lebensjahr	355 € x 2 = 710 €	350 €	1.060 €
7.- vollendetes 12. Lebensjahr	426 € x 2 = 852 €	350 €	1.202 €
Ab 13. Lebensjahr	520 € x 2 = 1.040 €	350 €	1.390 €

Die Leistungen zur Unfallversicherung werden unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder nur einmalig, aber bei Pflegeeltern ggf. beiden Pflegepersonen gewährt. Wenn mehrere Jugendämter eine Pflegeperson belegen, dann leistet das Jugendamt, das zuerst belegt. Werden Unfallversicherungsbeiträge von einem Jugendamt erstattet, muss die Pflegeperson bzw. müssen die Pflegeeltern dies den anderen Jugendämtern anzeigen. Das Jugendamt kann die Pflegepersonen auch im Rahmen von Sammelversicherungen zur Unfallversicherung anmelden¹⁰.

Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Pflegepersonen nach § 56 SGB VI bleibt bei der Erstattung von nachgewiesenen Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung unberücksichtigt. Erstattet werden nachgewiesene Aufwendungen für eine Pflegeperson bis zu einer Höhe von maximal der hälftigen Mindestbeiträge zur freiwilligen Rentenversicherung pro Kind¹¹. Das Jugendamt kann bei sinkenden Mindestbeiträgen zu den sozialen Sicherungssystemen den Vorjahresbetrag weiter gewähren, z.B. für bereits bestehende Verträge der Pflegeperson zu ihrer Alterssicherung. Bei Pflegeeltern müssen sich die Partner entscheiden, wem die Alterssicherung zugutekommt. Als Alterssicherung anerkannt werden die freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung oder ein privater Altersvorsorgevertrag, bei dem das Altersvorsorgekapital frühestens ab dem vollendeten 60. Lebensjahr ausgezahlt wird.¹² Der Beitrag wird nicht geleistet, wenn auf Grund des Beschäftigungsumfanges der Pflegeperson eine Versicherungspflicht nach § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI besteht.¹³ Wenn mehrere Jugendämter belegen, müssen Pflegeeltern dies gegenüber anderen Jugendämtern anzeigen.

2.4 Wechsel der Altersstufen

Erreicht der junge Mensch die nächsthöhere Altersstufe, ist die neue Pflegepauschale ab dem Ersten dieses Monats zu gewähren.

Fassung vom 19.09.2023 kann derzeit nicht gefolgt werden, zumal der Deutsche Verein eine grundsätzliche Neubewertung des Erziehungsbeitrags vorgenommen hat.

⁹ Behandlung der Pflegepauschale im Steuerrecht:

Bei der Pflegepauschale handelt es sich nicht um eine steuerpflichtige Einnahme aus einer „sonstigen selbständigen Tätigkeit“ im Sinne des § 18 Abs.1 Nr.3 Einkommensteuergesetz (EStG). Die Vergütung ist prinzipiell steuerfrei (§ 3 Nr. 11 EStG). Nicht darunter fallen allerdings Platzhaltekosten und Bereitschaftsgelder. Bei einer Betreuung von bis zu sechs Kindern ist ohne weitere Prüfung davon auszugehen, dass die Pflege nicht erwerbsmäßig betrieben wird. (BMF, IV C 3 - S 2342/20/10001 :003 – DOK 2021/0917789).

¹⁰ In weiteren Konstellationen von Gruppen- und Sammelversicherungen bieten die Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vollzeitpflege vom 19.09.2023 zu befürwortende Hinweise, S. 9 f.)

¹¹ Der hälftige Mindestbeitrag für die freiwillige Rentenversicherung liegt 2024 bei 50,04 € (https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Ueber-uns-und-Presse/Presse/Meldungen/2023/231212_freiwillige_beitraege.html)

¹² Da eine spätere Kapitalisierung einer privaten Altersvorsorge vor dem 60. Lebensjahr nicht ausgeschlossen werden kann, muss auf das Ziel des Altersvorsorgevertrages zum Zeitpunkt der Aufnahme des Vollzeitpflegeverhältnisses abgestellt werden. Vor allem Versicherungsverträge, für die zwischen dem Versicherungsnehmer und dem Versicherer ein Verwertungsausschluss nach § 168 Abs. 3 VVG vereinbart wurde, erfüllen dieses Ziel.

¹³ Vgl. Fn. 9.

2.5 Anderweitiger Aufenthalt des Pflegekinde; Beendigung des Pflegeverhältnisses

Bei einem anderweitigen Aufenthalt des Pflegekinde im Internat oder in einer anderen stationären Einrichtung (z.B. für Behinderte, Berufsbildungswerken), deren Kosten als Maßnahme des Jugendamtes von diesem oder von einem anderen Kostenträger geleistet werden, wird die Pflegepauschale nach Nr. 2.3 angemessen gekürzt.

Bei der Beendigung von Pflegeverhältnissen vor dem 15. eines Monats wird die halbe Pflegepauschale, danach der volle Monatsbetrag belassen.

2.6 Pflege durch Verwandte

Wenn Hilfe zur Erziehung gewährt werden muss, werden die Pflegeverhältnisse bei Verwandten nicht unterschiedlich behandelt, d.h. grundsätzlich wird die volle Pflegepauschale einschließlich Erziehungsbeitrag gewährt, insbesondere dann, wenn eine Beschäftigung wegen der Übernahme der Betreuung und Erziehung eines Enkelkinde aufgegeben wurde. An die Eignung von Großeltern sind dieselben strengen Anforderungen zu stellen. § 39 Abs. 4 SGB VIII ermöglicht Ermessenentscheidungen, dass bei Unterhaltsverpflichteten angemessen gekürzt werden kann. Eine solche Ermessenentscheidung stellt sich etwa, wenn Großeltern wirtschaftlich auf die Pflegepauschale nicht angewiesen sind.¹⁴

2.7 Zusätzliche Leistungen

2.7.1 Einzelentscheidungen

Zusätzliche, über den Unterhaltsbedarf nach Nr. 2.2.1 hinausgehende Leistungen werden nach dem individuellen Bedarf im Einzelfall nach Maßgabe des Hilfeplans oder pauschaliert bewilligt.

2.7.2 Empfehlungen für bestimmte Tatbestände

Für die nachfolgenden Tatbestände werden die genannten Obergrenzen empfohlen:

Art	Voraussetzungen	Höhe bis zu (PP= Pflegepauschale nach Nr.2.3)
Erstausstattung für Möbel und Bettzeug	Auf Antrag und nach Bedarf	1,0 PP
Erstausstattung für Bekleidung	Auf Antrag und nach Bedarf	0,5 PP
Ausstattung für Berufsanfänger	Auf Antrag und nach Bedarf	Bis zu 1,0 PP
Hilfen zur Verselbständigung	Auf Antrag	Bis zu 1,0 PP
Kindergartenbeitrag	Antrag durch die Pflegeeltern nach § 1688 BGB; Kindergartenbesuch	Bis zum Kindergartenbeitrag
Weihnachtshilfe	Ohne Antrag	0,07 PP

2.7.3 Alternative: Pauschalierung weiterer Leistungen

Neben der Möglichkeit, Individualleistungen nach Nr. 2.7.1 zu erbringen, können Pauschalierungen sinnvoll sein. Damit sollen häufige Antragstellungen vermieden und den Pflegeeltern Spielräume für eigene Entscheidungen eröffnet werden. Die monatlichen Pauschalbeträge können zwischen 30 € und 60 € liegen. Sie können getrennt von der Pflegepauschale auf ein eigenes Konto gezahlt werden.

¹⁴ ZBFS-BLJA, Vollzeitpflege - Arbeitshilfe für die Praxis der Jugendhilfe, 3. vollständig überarbeitete Auflage, München 2016, 9. Kapitel, S. 14

2.8 Krankenhilfe

Für die Krankenhilfe gilt § 40 SGB VIII. Schulmedizinisch nicht anerkannte Verfahren (wie z.B. Kosten von Heilpraktikern, homöopathische Arzneimittel) werden nicht finanziert.

3. **Vollzeitpflege in der Form der Wochenpflege**

Die monatliche Pflegepauschale für junge Menschen in Wochenpflege orientiert sich an der Vollzeitpflege. Wegen der niedrigeren Aufwendungen für den Lebensunterhalt und die Erziehung beträgt die Pflegepauschale bei

- Wochenpflege mit 5 Tagen 85 v.H. und
- Wochenpflege mit 6 Tagen 92,5 v.H. der Pflegepauschale nach Nr.2.3.

Die zusätzlichen Leistungen nach § 39 Abs. 3 und 4 SGB VIII werden voll gewährt.

Bei einem anderweitigen Aufenthalt des Pflegekindes gilt Nr.2.6 Abs.1 entsprechend.

4. **Sonderpflege**

4.1 Grundsätze

Für besonders entwicklungsbeeinträchtigte junge Menschen und für junge Menschen mit erhöhtem Betreuungsaufwand wird der Erziehungsbeitrag nach Nr. 2.2.2 zeitlich begrenzt angemessen erhöht. Dafür kommen besonders qualifizierte, erfahrene und fortgebildete Pflegefamilien in Betracht.

4.2 Beurteilungsmaßstäbe und Entscheidung

Über den Mehrbedarf und die dementsprechende Erhöhung des Erziehungsbeitrags wird im Rahmen einer Fachkräfte-Konferenz entschieden.

Ein erweiterter Förderbedarf wird grundsätzlich angenommen, wenn der junge Mensch aufgrund seiner schweren emotionalen, psychischen, kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigung im Alltag gravierende Verhaltensauffälligkeiten zeigt und daher besondere pädagogische Betreuungsbedingungen benötigt.

Der Mehrbedarf kann beispielsweise mit dem angehängten Beurteilungssystem (vgl. **Anhang 1**) ermittelt werden. Einzelne Merkmale sind ergänzend in **Anhang 2** erläutert. Es können Wertungen von 0 – 6 Punkten vergeben werden:

- 0 = Merkmal nicht erkennbar/vorhanden
- 1 = sehr geringe Belastung
- 2 = geringe Belastung
- 3 = mäßige Belastung
- 4 = starke Belastung
- 5 = sehr starke Belastung
- 6 = massive Belastung für die Pflegefamilie

Die Zielsetzung dieses Verfahrens ist eine bestmögliche Abbildung des Belastungsprofils des betroffenen Kindes bzw. des Jugendlichen und seines sozialen Umfeldes auf Basis von 11 Bereichen mit 104 Merkmalen.

4.3 Bemessungsgrundlage

Die monatlichen Pauschalbeträge für die Sonderpflege werden zusätzlich gezahlt. Grundlage der Berechnung des erhöhten Pflegegeldes ist der Erziehungsbeitrag gemäß Ziffer 2.2.2 in Höhe von aktuell 350 €. Soweit eine Anpassung des Erziehungsbeitrags erfolgt, ist auch der Mehrbedarf entsprechend zu erhöhen.

Der empfohlene Beurteilungsbogen umfasst 104 auswählbare Merkmale. Dadurch sind in der Beurteilung theoretisch maximal 624 Punkte erreichbar. Auf dieser Basis wird die nachfolgende Bemessungsgrundlage vorgeschlagen:

Grenzen	Zuschlag	Anmerkung
0 - 49 Punkte	0 €	kein vergütungsfähiger Mehrbedarf
50 Punkte	175 €	Pauschale
51 - 199 Punkte	179 € - 697 €	lineare Anpassung, vgl. Tabelle in Anhang 3
200 - 624 Punkte	700 €	Pauschale

4.4 Besondere Anerkennung bei Wegfall der Sonderpflege

Der finanzielle Zuschlag wegen des erzieherischen Mehraufwandes wird bezahlt, solange die Voraussetzungen hierfür vorliegen. Fallen die Voraussetzungen weg, kann den Pflegeeltern eine einmalige zusätzliche erhöhte Pflegepauschale in der bisherigen Höhe als besondere Anerkennung gewährt werden.

5. **Bereitschaftspflege**

Bereitschaftspflegeeltern, die Kinder nach §§ 33, 35a und 42 SGB VIII kurzfristig betreuen, erhalten, wenn sie besonders qualifiziert oder erfahren sind und an Fortbildungsangeboten des Jugendamts teilnehmen, soweit vertraglich oder durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses nicht anders geregelt, als Entschädigung für Unterhalt und erhöhten Erziehungsaufwand pro Pflegekind.

- vom ersten bis zum zehnten Tag täglich 26,6% des monatlichen Erziehungsbeitrags nach Nr. 2.2.2 (derzeit 93 €)
- vom elften bis sechzigsten Tag (Formulierung) täglich 17,4% des monatlichen Erziehungsbeitrags nach Nr. 2.2.2 (derzeit 61 €).

6. **Inkrafttreten**

Die Empfehlungen gelten ab 1. Januar 2024.



Landkreis
Dillingen a.d.Donau